

Stellungnahme zur Entscheidung der Bundesregierung, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften mit Ehe und Familie weitgehend gleichzustellen

(Veröffentlicht in den INFORMATIONEN des Adventistischen Pressedienstes [APD], Zentralausgabe Deutschland, Oktober 2001, sowie im ADVENTECHO, November 2001..)

1. Siebenten-Tags-Adventisten verstehen die Bibel als alleinige Grundlage ihres Glaubens und Lebens. Die Aussage des Wortes Gottes sind für sie auch in der Beurteilung der Homosexualität verbindlich, wie es in der Erklärung ihrer weltweiten Leitung (Generalkonferenz) vom 3. Oktober 1999 zum Ausdruck kommt. Aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung sind Siebenten-Tags-Adventisten nicht in der Lage, Homosexualität und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit dem biblischen Menschenbild und der vom Schöpfer eingesetzten Ehe in Übereinstimmung zu bringen.
2. Ihre christliche und gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmend, lehnt die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland die Entscheidung des Gesetzgebers ab, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften durch die Schaffung des Rechtsinstituts der eingetragenen Lebenspartnerschaften der traditionellen Ehe und Familie weitgehend gleichzustellen.
3. Siebenten-Tags-Adventisten appellieren an das Bundesverfassungsgericht als oberste deutsche Rechtsinstanz, in seinem Urteil über die Verfassungsmäßigkeit des Lebenspartnerschaftsgesetzes an christlichen Grundwerten festzuhalten. Christliche Grundwerte liegen bis heute der Verfassung zugrunde und gehören zum Fundament des Staatswesens.
4. Die Aufgabe christlicher Grundwerte ist für Staat und Gesellschaft in jeder Hinsicht folgeschwer, wie es insbesondere die Verluste in den Bereichen Moral und Ethik sowie im Sozial- und Rechtsverhalten zeigen.
5. Siebenten-Tags-Adventisten halten es für erforderlich, Ehe und Familie durch Staat und Gesellschaft zu stärken. Die notwendige politische Verantwortung für Kinder als nächste Generation wird durch das Lebenspartnerschaftsgesetz nicht wahrgenommen. Dieses Gesetz steht der Förderung von Ehe und Familie entgegen. Siebenten-Tags-Adventisten treten daher für die gottgegebenen Lebensgemeinschaften von Ehe und Familie ein.
6. Wir bekennen, dass an gesellschaftlichen Entwicklungen, die zur gesetzlichen Förderung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften führten, auch christliche Kirchen Mitschuld haben. Dies ist der Fall, wenn die biblische Ablehnung gleichgeschlechtlicher Sexualität gelehnet oder Homosexuellen keine Hilfe zur Veränderung angeboten wird. Zu oft haben wir Christen uns auf entrüstete Ablehnung beschränkt, anstatt für diese Menschen da zu sein, um ihnen die nötige und vielfach gesuchte Hilfe anzubieten. In diesem Sinne stehen auch wir als Freikirche in der Schuld homosexueller Männer und Frauen.
7. In der Auseinandersetzung um Homosexualität gibt es unterschiedliche hermeneutische Ansätze. Für Christen ist der ewig gültige Wille Gottes verbindliche Richtschnur, dem sich menschliche Meinung im Glauben unterordnet. Daher appellieren wir, nicht nur aus



politisch-gesellschaftlicher Sicht zu argumentieren, sondern den eigenen Standpunkt in Frage zu stellen und Gott das letzte und entscheidende Wort zu überlassen.